

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Die 26 mm breite Zeile kostet 0,50 Reichsmark, für auswärts 0,35 Reichsmark, für das Ausland 0,50 Reichsmark. Die Restansätze, 81 mm breit, kostet 1,50 Reichsmark, für auswärts 2,00 Reichsmark. — Die Druckgebühr für Buchstaben-ansätze beträgt 0,10 Reichsmark. — Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gebühr nicht übernommen werden.

Bezugspreise: Für den halben Monat 1 R.-Mark bei freier Zustellung durch Boten
Postbezug für Monat Oktober 2,00 Reichsmark, für die Hoch- und Monats- monatlich 2 R. 15. Kreuzabhebungen im Inlande wöchentlich 0,90 Reichsmark, nach dem Einzelnummer 10 R.-Pfennig Ausland 1,20 Reichsmark.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstr. 4. • Fernruf: 2 0024, 2 7981, 2 7982, 2 7983. • Telegramme: Neueste Dresden. • Postfach: Dresden 2060
Abbestellung (ohne Rückporto) werden wieder zurückgeschickt nach Aufheben. — Im Falle höherer Gewalt, Zerschlagung oder Straftat haben unsere Verleger keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Betrages

Nr. 242

Mittwoch, 21. Oktober 1925

XXXIII. Jahrg.

Luther und Stresemann stehen und fallen mit dem Paft

Chamberlain wird in London als Friedensbringer begrüßt — In Washington konstatiert man die Wiederkehr des europäischen Gleichgewichtes

Die Aussichten für die besetzten Gebiete

B. Berlin, 20. Oktober. (Ein. Drahtbericht.) Die Rheinlandsabordnung, die heute vormittag zur Information über die Besprechungen und Abmachungen in Locarno von der Reichsregierung empfangen wird, setzt sich aus 20 Vertretern sämtlicher politischen Parteien, sowie der wirtschaftlichen Verbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen. Die Delegation vertritt das gesamte besetzte Gebiet. Der Besetzung des Räumungsstermins für die Kölner Zone wird die Festlegung der internationalen Militärkontrollkommission vorausgehen müssen, daß Deutschland die Entlassung durchzuführen habe. Der durch die Entlassungsnotwendigkeit hervorgerufene Meinungsaustausch wird also fortgesetzt und wie man annimmt, zu einem befriedigenden Abschluß geführt werden. Es dürfte in den nächsten Tagen ein Austausch von Erklärungen erfolgen, die der einen Seite die Möglichkeit ergeben sollen, ein festes Datum für die Räumung Kölns anzugeben. Ueber die Abänderung der Beschlüsse im Saargebiet weiß die „Post“ mitzuteilen, es sei beabsichtigt, beim Völkerverbund zu beantragen, daß der internationalen Bevölkerung an Stelle des bisherigen mitberatenden Volksausschusses die Wahl eines Parlaments angeordnet wird.

nlichen Zeitungen“ gewährt hat. Die „Volkswacht“-Presse hält allerdings daran fest, daß von einer Räumung Kölns in allerhöchster Zeit nicht die Rede sein könne. Der „Tempo“ räumt jedoch die Möglichkeit ein, daß man über die Wiedereröffnung eines Reichsausschusses im besetzten Gebiet und über die Herabsetzung der Besatzungstruppen auf diejenige Stärke, die vor dem Bruch von Deutschland selbst als unerlässlich für die Sicherheit erachtet wurde, sowie über die freie Schifffahrt auf dem Rhein sich besprechen könne.

Eine offenbar offizielle Savoydepesche aus London kennzeichnet den Standpunkt der britischen Regierung, wenn sie auch die Nachricht von einer Räumung des Kölner Saargebietes als unmittelbare Folge der Locarno-Konferenz als verfrüht bezeichnet. Sie läßt jedoch für Deutschland die Hoffnung, daß in England ein entscheidender Schritt geplant ist. Die Diplomaten betonen jedoch, daß eine Abänderung des Charakters der Besetzung an die Bedingung geknüpft bleibt, daß Deutschland seinen guten Willen zeige, und daß eine Abänderung nicht auf dem Rahmen des Versailles-Vertrages herabzufallen dürfe. Man weigert sich jedoch in London nicht, so heißt es weiter, in verhältnismäßig kurzer Zeit eine Politik der Annäherung einzuführen, die das bisherige Zwangsregime im Rheinland erlösen würde, vorausgesetzt, daß die Haltung des Deutschen Reiches es erlaube. Ein bestimmtes Datum für die Räumung Kölns sei jedoch noch nicht festgelegt worden. Bezüglich der Delegation der Truppen bemerkt die Depesche, es stehe auf jeden Fall fest, daß die englischen Truppen nicht nach Großbritannien zurückkehren werden, sondern daß sie an einem anderen Orte weiter an der Besetzung des Rheinlandes teilnehmen werden. Es sei wenig wahrscheinlich, daß man sie nach England schaffen werde, dagegen werden sie voraussichtlich nach Bloomburg transportiert werden, das heißt, in die dritte Besatzungszone.

Um die Räumung Kölns Französische und englische Kombinationen

Telegramm unseres Korrespondenten
Paris, 20. Oktober. Die Unterredung Chamberlains mit dem britischen Außenminister Poincaré über die Kölner Frage gibt in Paris Anlaß zu heftigen Debatten über die Wahrscheinlichkeit einer baldigen Räumung des Kölner Saargebietes. In gewissen Kreisen verläutet, in Locarno sei eine Verständigung über die Räumung zustande gekommen. Man verweist namentlich auf ein Interim, das Stresemann der „Nöl-

Ein Vertrauensverhältnis der europäischen Staaten

Das Reichskabinett hinter der Delegation

Son bekannter Seite wird uns aus Berlin geschrieben: Die innerpolitische Diskussion über den Paft von Locarno, wie sie offiziell genannt wird, ist bereits in vollem Gange. Das Reichskabinett hat den Bericht der Delegation entgegengenommen und wird noch eine, vermutlich nur kurze, Kabinettsitzung abhalten, in der es, wie man annimmt, sich in seiner Gesamtheit hinter die Delegation stellen dürfte. Das in der Beurteilung des Erreichten nicht alle Kabinettsmitglieder gleich optimistisch sind, versteht sich am Ende. Aber von dieser Seite her werden kaum Zweifel zu erwarten sein. Dagegen bedauert, wie man hört, die Opposition innerhalb der deutschnationalen Partei wieder bedrohlich das Haupt zu erheben. Die Hamburger Entschließung ist der erste Ausbruch, der offiziell einen Protestankund der Landesverbände gegen den Locarnovertrag einleitet. Es wäre bedauerlich, wenn auch diesmal wieder die Anwesenheitsverträge über die fähle und löbliche Erörterung der Tatsachen triumphierten würde.

Bezüglich man das Schlußprotokoll und die Annexe mit der deutschen Note vom 20. Juli, die in der deutschen Delegation die Marschroute wies, so wird man bei unvoreingenommener Prüfung des Erzielten und Erlangten — Billigermasse anerkennen müssen, daß im großen und ganzen die von der Regierung und den ausführenden Parteien in gemeinsamer Arbeit erzielte Plattform behauptet worden ist.

Das gilt ohne jede Einschränkung für das Schiedsgerichtsverfahren, bei dem durchaus das deutsche System durchgesetzt hat, gilt weiter von den Schiedsrichtern, die in seiner Weise mit dem Paft verknüpft sind und bei denen man auf die französische Garantie, trotz der heißen Bemerkungen der Herren Erzgrünke und Bensch, die in Locarno überhaupt eine wenig bedeutende Rolle gespielt haben, hat verzichten müssen. Und schließlich hat auch der, wie uns aus den Kreisen der Delegation berichtet wird, überaus heftige Kampf um den Artikel 10 zu einer Abklärung geführt, die Deutschlands Einwendungen in beträchtlichem Maße gerecht wird. Nach dem von der Gegenseite vorgelegten Erklärungen ist festzustellen, daß im Falle einer etwa notwendig werdenden Exekution des Völkerverbundes aus das Bestimmungsrecht darüber zuzustehen, inwieweit wir uns wirtschaftlich, militärisch und geographisch in das im Hinblick auf das Durchmarschrecht) verpflichtet fühlen, an einer solchen Aktion teilzunehmen. Der von den Delegationen mit allem Nachdruck und immer wieder erhobene Hinweis auf die durch die einseitige Abweisung für Deutschland geschaffene Sonderstellung ist also nicht vergeblich gewesen. Trotzdem ist anzunehmen, daß in diesem Punkte die Kritik der Opposition einleitet wird. Es darf in diesem Zusammenhang nicht übersehen werden, daß nach den Bestimmungen des Vertrages in jedem Spezialfall England zugunsten Deutschlands automatisch auszuweichen wird.

Die eigentliche Schlüsselstelle des Abkommens bilden aber natürlich die sogenannten Rückwirkungen. Gewiß hat die Delegation bestimmte materielle Zugeständnisse leider nicht mit nach Hause bringen können. Von erheblichem praktischen Wert für die Schlichtung der Dinge im Rheinland ist aber doch u. a. die Bestimmung des Artikels 20 des Schiedsgerichtsabkommens, der ausdrücklich festsetzt, daß auch die bereits geschlossenen Verträge unter das Schiedsgericht fallen. In dieser Hinsicht zählt u. a. das Rheingebiet abkommen.

Deutschland würde also hinsichtlich der Möglichkeit haben, gegen Erbansprüche, durch die es seine Rechte verlegt fühlt, die neugeschaffene Instanz anzusprechen.

Das bedeutet im Grunde nicht mehr und nicht weniger, als die Wiederkehr von der bisherigen Diktatormethode. Es war nach Lage der Dinge freilich nicht möglich, die Frage der Räumung der Kölner Zone in eine unmittelbare Beziehung zum Vertrag zu bringen. Ein prinzipieller Widerspruch ist aber weder gegen diese deutsche Forderung, noch gegen eine der vielen anderen erhoben worden, die auf der deutschen Seite stehen. Wenn man sich weigert, bestimmte Bindungen einzugehen, so hat das nicht zuletzt seine psychologischen Gründe. Die Gegenseite wollte natürlich auch mit Rücksicht auf gewisse innerpolitische Erwägungen, den Eindruck vermeiden, als habe sie unter einem Druck der Deutschen sich zum Nachgeben verurteilt, oder als hätten ihre Forderungen als Zwangsmaßnahme herbeigeführt. Sowohl der Reichskanzler, als auch der Außenminister haben die feste Überzeugung, daß es nicht möglich ist, die Forderungen der Gegenseite zu überwinden. Man darf sich nicht täuschen lassen, wenn man die Forderungen der Gegenseite als bloße Forderungen betrachtet, die in ihren Erwartungen betrogen werden könnten.

Chamberlain wird nicht umsonst in Paris gemeldet sein. Es ist offenes Geheimnis, daß dieser Besuch den Zweck hat, etwaige Widerstände, denen Briand dabei begegnen könnte, gemeinsam zu überwinden. Auch Dr. v. Papst begibt sich wieder nach Paris, um die in Locarno gestellten Forderungen fortzusetzen. Die Herren Willebrandt und Erzgrünke sind, was man wohl als ein bedeutsames Zeichen annehmen darf, nach Paris beurlaubt worden. In unterrichteten Kreisen hat man die bestimmte Erwartung, daß bereits in den nächsten vierzehn Tagen die Entscheidung über die Räumung Kölns fallen wird. Wir haben Grund zur Annahme, daß auch den kontinentalen Parteien französischer Kriegsgeschichte, die in Deutschland zu viel böses Blut gemacht haben, bald ein Ende bereitet werden wird.

Wir würden es in dieser Situation für sehr gefährlich und geradezu für unverantwortlich halten, wenn man etwa die Opposition in Deutschland diese Entscheidung der Dinge durch ein schroffes Herausarbeiten der deutschen Positionen hören würde. Ueber den Paft das Endurteil zu fällen, steht uns ja frei, wenn nach der Richtung die Entscheidungen getroffen sind. Wir haben die Versicherung, daß diese in der „deutschen“ Art nicht fallen werden. Eine Änderung an dem Wortlaut des Paktes ist nicht möglich. Er muß, wie das bei den Danco-Beschlüssen der Fall war, als Ganzes angenommen oder abgelehnt werden. Man hat geglaubt, durch die Paraphierung den Paft unter Taft und nach bringen zu können, gerade weil man auf deutscher Seite der Ansicht war, daß spätere Korrekturen weit eher zu unseren Ungunsten als zu unserm Vorteil zu erwarten wären. Sollte Anfang Dezember in London die Unterzeichnung erfolgen, dann wird, wie wir hören, für den Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund eine außerordentliche Session anberaumt werden. Das könnte bereits im Dezember geschehen, vielleicht auch bis zum Januar hinausgeschoben werden. Nehmen wir den Paft an, so läge es nur in unserer Interesse, wenn der Eintritt sobald wie möglich vollzogen würde.

Chamberlain hat das Abkommen als Gentleman agreement bezeichnet. Damit in der Hauptwert bezeichnet: der aus langer Wahrung der europäischen Lage hervorgegangene gute Wille. Wer dies feindselige Vertrauensverhältnis für, trägt eine ungeheure Verantwortung. Und was bietet er dagegen?

Amerika und Rußland Vor einer Aenderung der antirussischen Politik?

Sonderabteilung der Dresdner Neuesten Nachrichten

Washington, 20. Oktober. (Durch United Press.) Der anfängliche Enthusiasmus politischer Kreise über das Ergebnis der Konferenz von Locarno ist einer mehr pessimistischen Auffassung gewichen. In der von Senator Borah geführten Gruppe bezweifelt man, daß die Konferenz zu einer Herabsetzung der Rüstungen führen werde. Vielmehr vertritt man den Gedanken, daß der Locarno-Vertrag lediglich das alte europäische Gleichgewicht wieder herstellen werde, und daß hieraus eine Kriegsgefahr zwischen dem neuen europäischen Block und einem von Rußland geführten asiatischen Block aufstehe.

In diesem Zusammenhang werden die möglichen Auswirkungen der Verträge auf die Beziehungen zwischen Rußland und Europa viel diskutiert. In informierten politischen Kreisen glaubt man an eine bevorstehende Wendung der amerikanischen Politik gegen Rußland. Präsident Coolidge, so glaubt man, hätte in dieser Frage keine vorgefasste Meinung. Staatssekretär Mellon soll der Anerkennung Rußlands sogar ausgeprochen sympathisch gegenüberstehen, wenn auch Staatssekretär Kellogg eher geneigt sei, die englisch-antirussische Stellungnahme zu teilen. Staatssekretär Hoover, von dessen Stellungnahme in der Frage der amerikanischen Rußlandpolitik sehr viel abhängt, hat sich dagegen zu dieser Frage noch nicht geäußert.

Dr. Schacht in Amerika

Neu-York, 20. Oktober. Der Präsident der Deutschen Reichsbank, Dr. Schacht, ist hier eingetroffen. Er überreichte bei seiner Ankunft, er komme nicht, um die Möglichkeit irgendwelcher Anleihen zu prüfen oder solche abzulehnen. Er fuhr natürlich fort: „Ich denke, alle derzeitigen Verhandlungen sollen den privaten Banken und Bankfirmen überlassen werden. Ich freue mich zu sehen, daß die freundschaftlichen Beziehungen, die zwischen den deutschen und amerikanischen Bankiers vor dem Kriege bestanden, ziemlich wieder hergestellt wurden.“ Dr. Schacht sagte weiter, er wünsche den Besuch des Gouverneurs Strong von der Federal Reserve Bank of New-York zu erwidern. Sein Besuch werde ihm Gelegenheit geben, in persönliche Beziehungen zu den amerikanischen Finanzautoritäten zu treten.

Die Lage in China

London, 20. Oktober. Meiner Bericht aus Peking: Die Streitkräfte Tschang Tsching treffen ausweichend Vorbereitungen, um sich kampflös auf das nördliche Ufer des Jantse zurückzuziehen. Einigen Meldungen zufolge beabsichtigen sie, die Provinzen Kiangsu und Anhui zu räumen, damit dem Zukunftsretreten der Nationalisten keine Schwierigkeiten bereitet werden. Allgemein wird jedoch angenommen, daß sie sich nicht weiter als nach Su-Tschow zurückziehen werden, und daß ein Kampf unvermeidlich wird, wenn die japanischen Truppen bis dahin vorrücken.

Chamberlains Empfang in London

Befriedigung über den Inhalt der Verträge
Telegramm unseres Korrespondenten
London, 20. Oktober
Chamberlain wird heute bei seiner Rückkehr nach London eine außerordentliche Ovation bereitet werden, die der außerordentlichen Befriedigung über den von ihm in Locarno erreichten Erfolg Ausdruck geben soll. Sämtliche Kabinettsmitglieder werden ihn heute nachmittags offiziell auf dem Victoria-

ROUTE
ABRIKEN?
KTTOMM
1884
LUNG
STR.88
1925
Wien